

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radenornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 24	Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.— monatlich M. 9.—	Halver Samstag, den 28. Januar 1922	Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite 80 Pfg., auswärts 85 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch 90 mm breit 150 Pfg.	22. Jahrgang
--------	---	--	---	--------------

Verkehrsgesfahren.

Der Eisenbahnerstreik im Freistaat Sachsen nimmt immer noch weiter fort. An der einen Stelle geht sein Umfang zurück, an der andern flackert er dafür um so bedrohlicher auf, und Streikbestimmungen, wie am Dienstagabend in Leipzig stattgefunden haben, lassen befürchten, daß die Bewegung zielbewußt weitergetragen wird, trotz der großen Gefahren, die, wie nachgerade jedes Kind weiß, mit ihr verbunden sind. Auch diesmal wieder muß man, so ungern es geschieht, annehmen, daß sie von gewissen Drahtziehern hinter den Kulissen angefaßt und weitergetrieben wird. Was schon daraus hervorgeht, scheint, daß Personen, die weder zur Arbeiterschaft, noch zur Beamenschaft der beteiligten Staatsbetriebe gehören, bei den entscheidenden Verhandlungen das große Wort zu führen suchen. Wenn von Berlin aus der Streik, nach der ablehnenden Stellungnahme der Hauptorganisationen, als so gut wie überwunden bezeichnet wird, so widersprechen Meldungen aus Dresden solchen Darstellungen auf das Nachdrücklichste. Die sächsische Staatsregierung, die sich lediglich aus Vertretern der beiden sozialistischen Parteien zusammensetzt, widersteht sich der Stilllegung des Bahnverkehrs mit Entschiedenheit. Sie ist sogar diesmal zur Verhaftung von Gewerkschaftsbeamten geschritten und denkt offenbar nicht daran, diesen Leuten die Bahnhöfe, die Stellwerke, die Lokomotivschuppen, und was sonst zum Eisenbahnbetrieb gehört, ohne Gegenwehr zu überlassen. Im Augenblick ist aber trotzdem die sächsische Eisenbahnverwaltung nicht in der Lage, die Eisenbahngänge, die sie noch verkehren lassen kann, mit eigenen Lokomotiven auszurüsten. Sie muß sich vielmehr die Maschinen von auswärts heranziehen und sieht sich insbesondere auch außerstande, den Güterverkehr im notwendigen Umfang aufrechtzuerhalten. Was das im Augenblick, bei der Ausschaltung aller Schiffsfahrtswege, besagen will, kann man sich leicht ausmalen; auch nur, wenn man an die Behinderung der Kohlenzufuhr denkt, die wohl eine Überlieferung bei der Gesamtlage unseres Landes als ein namenloses Verbrechen gebrandmarkt werden darf. Wir sind aber soweit, daß heute bald dieser, bald jener Teil der Bevölkerung nur an sich, nur an seine engsten Tagesinteressen denkt und sich den Ruck darum lehrt, was, wenn wieder einmal alle Räder stillstehen, aus den übrigen Volksgenossen, ja selbst aus den eigenen Standesgenossen, mit Frauen und Kindern, mit Kranken und Greisen wird. Die Not des Tages, die immer drückender empfunden wird, mag gewiß manche Ausschreitung im Kampf ums Dasein entschuldigen, was aber hier wieder einmal in Szene gesetzt wird, ist unermesslich und wird ja auch von den maßgebenden Führern der Arbeiter- und Beamenschaft vorbehaltlos verurteilt.

Freilich soll man sich dabei vor ungerechter Verallgemeinerung wohl hüten. Auch in Berlin herrscht unter den Angehörigen der Verkehrsbetriebe einige Aufregung über den Stand der Besoldungsverhandlungen, die seit Anfang des neuen Jahres wieder im Gange sind, und voreilige Berichte wollten wissen, daß auch hier den beteiligten Amtsstellen wieder einmal ein Ultimatum vorgelegt, ja sogar daß bereits ein endgültiger Streikbeschluß gefaßt worden sei. Dabei ist nur die Kleinigkeit außer Betracht geblieben, daß an diesem Vorgehen lediglich eine einzelne, ihrer Mitgliederzahl nach ziemlich unbedeutende Fachgruppe des Verkehrsgewerbes beteiligt ist, während das Gros der Arbeiter- und Beamenschaft im Augenblick noch gar nicht daran denkt, zur Gewaltanwendung zu schreiten. Allerdings zeigen sich auch in ihren Reihen unverkennbare Spuren höchster Unruhe; mit steigender Entschiedenheit wird eine übermäßige Revision der Grundgehälter gefordert, die ja eben erst im letzten Teile des alten Jahres neu festgesetzt worden sind, und eine bloße Aufbesserung der Teuerungszuschläge als keineswegs ausreichend zurückgewiesen. Man spricht von einer fünf-tägigen Frist, die dem Reichsverkehrsministerium zu diesem Zwecke gestellt worden ist, und behauptet, daß der Unwille der Beamenschaft länger keinesfalls zu zögeln sein werde. Das Reichsverkehrsministerium ist aber natürlich in seiner Bewegungsfreiheit auf diesem Gebiete gebunden, die die Reichsregierung insgesamt mit ihrer Finanzwirtschaft unter dem Druck der Entente sehr unbedingt einhalten muß. Wie hier ein Ausgleich, eine Verständigung gefunden werden soll, wissen die Götter.

40 Milliarden Zwangsanleihe?

Ein Vorschlag des Reichskanzlers. Die Verhandlungen der Parteien über eine Einigung in der Steuerfrage haben in letzter Stunde statt zu einem Erfolge, vielmehr zu einer Verschärfung der Gegensätze geführt. Die Sozialdemokraten hielten mit großem Nachdruck an der Forderung fest, daß unter allen Umständen ein „sichtbares Opfer“ des Besitzes gebracht werden müsse. Ihr Vertreter in den interfraktionellen Verhandlungen erklärte, daß darin das letzte Wort seiner Partei zu erblicken sei, und der Vorwärts stellt fest, so gern man eine Regierungskrise vermeiden möchte, so könne doch dieser Wunsch nicht dazu führen, die als notwendig erkannten Forderungen abzuschwächen. Die demokratische Presse sprach daher von dem „harren System“ der Sozialdemokratie und die vier bürgerlichen Parteien, die, mit Ausnahme der Deutschnationalen, an den Kompromißverhandlungen beteiligt waren, traten daher zu einer Besprechung unter sich zusammen, da sie die sozialdemokratischen Bedingungen (zwei Drittel des Reichsnotopfers, höhere Vermögenssteuern und sofort realisierbare Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark) als übermäßig hoch empfanden. In dieser Sitzung der Bürgerlichen hat nun der Reichskanzler einen Vermittlungsvorschlag gemacht.

Dann soll eine einmütige Zwangsanleihe im begrenzten Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Etats von 1922 erhoben und auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet werden. Die Zwangsanleihe soll in engste Verbindung mit den Steuerentwürfen gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen.

Diese Zwangsanleihe soll für die ersten fünf Jahre unverzinslich sein. Der gesamte Ertrag des Steuerbudgets, wie es die Regierung seinerzeit eingebracht hatte, wird bekanntlich auf etwa 43 Milliarden Papiermark geschätzt, wovon rund 20 Milliarden auf die Besitz- und Vermögenssteuern entfallen. Die Zwangsanleihe würde also ungefähr das Doppelte der Vermögenssteuern nach der Regierungsvorlage betragen. Der Reichskanzler wollte sich bei den Sozialdemokraten für diesen Plan einsetzen, aber der Erfolg war zunächst noch ebenso ungewiß wie die Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die erst heute für sich über diese Vermittlungsoption beraten wollten. Man glaubte am Mittwoch nachmittag, nachdem die nächste Zusammenkunft der Fraktionsvertreter auf den Abend anberaumt war, daß die Frage der weiteren Amtstätigkeit des Reichskanzlers von dem Erfolg dieses Einigungsversuches abhängt, da man weitere Möglichkeiten eines Kompromisses zur Stunde auf keiner Seite erkennen konnte.

Meinungsverschiedenheiten über Genua.

Amerikanische Bedenken gegen Rußland. Der Riesenumfang des Programms von Genua, das außer der Frage der deutschen Zahlungen vor allem den gesamten europäischen Wiederaufbau mit besonderer Berücksichtigung Rußlands umfassen soll, hat naturgemäß vielerlei Ursache zu Meinungsverschiedenheiten über die Aussichten und die Möglichkeiten dieser Konferenz gegeben. Besonders in Amerika legt man große Zurückhaltung an den Tag. Es verleiht, Staatssekretär Hughes und Hoover seien

gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz in Genua oder an irgend einer anderen Wirtschaftskonferenz, bevor nicht Frankreich dem ursprünglichen Flottenabkommen zustimmt und eine weniger kriegerische Haltung einnimmt, bevor nicht Rußland sein Heer aufrüstet, und bevor nicht Europa allgemein seine durch die militärischen Ausgaben aus dem Gleichgewicht gebrachten Budgets in Ordnung bringt. Diese amerikanischen Meinungsäußerungen verfehlen nicht, ihr Echo in Frankreich hervorzurufen. Die französische Regierung hat es mit der Konferenz von Genua, wenn auch aus ganz anderen Gründen, ebenfalls durchaus nicht eilig. Man betont in Paris, bis jetzt habe die Sowjetregierung die offizielle Einladung zur Konferenz noch nicht beantwortet. Die französische Regierung wird höchstwahrscheinlich sich im Voraus mit den übrigen alliierten Mächten über den Sinn der Konferenz und die Garantien verständigen und werde dementsprechend ihre Durchführung auf gemeinsamer Grundlage verlangen. Auf den

englisch-französischen Schutzvertrag legt man in Paris ganz besonderen Wert. Die ursprünglich auf zehn Jahre festgesetzte Dauer des Abkommens ist nach Ansicht der französischen Regierung unzureichend; sie schlägt die Ausdehnung auf 15 oder 20 Jahre vor. Das Abkommen müsse den Charakter der Gegenseitigkeit tragen. Demgegenüber gibt es aber in London eine lebhaftere Opposition gegen eine Ausdehnung des französisch-englischen Garantievertrages über 10 Jahre hinaus. Die Engländer seien zwar einig darüber, daß das ganze englische Volk wieder zu den Waffen greifen müsse, falls die französische Grenze bedroht sei, sie seien aber geteilter Meinung, wenn etwa Schwierigkeiten an der Ostgrenze der Besetzungszone entstehen sollten. Außerdem wolle man aber in England den territorialen Stand in Europa, wie er im Versailler Vertrag festgesetzt sei, nicht ver-bürgen. Es gebe Engländer, die die

Gefahr von französischer Seite kommen sehen; das sei eine der Folgen der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt im April 1920. Die Einsicht, daß mit der Weichheit rücksichtsloser Strenge gegen Deutschland allein nichts erreicht werden kann, hat sich sogar in Belgien durchgesetzt. In der belgischen Kammer erklärte der Ministerpräsident, in Cannes hätten die Sachverständigen einstimmig anerkannt, daß man Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen gewähren müsse, aber gegen neue Glacisheiten. Es sei in der Tat erforderlich, daß Deutschland einen gewissen Wohlstand wieder-gewinne, damit es in der Lage sei, seine Reparationen zu zahlen. — In Paris sitzen nunmehr die Herren ganz allein, die die Notwendigkeit eines deutschen Wiederaufstiegs immer noch in Abrede stellen wollen.

Weitere Erhöhung der Mieten.

260 Prozent Verteuerung gegen den Frieden. Der Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens wurde im Reichstagsausschuß für Wohnungswesen behandelt. Ein Regierungsvertreter führte aus, daß zur Gewährung von Baukostenbeihilfen im Jahre 1922 die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens erhöht werden müsse. Wenn auch zurzeit, bei der unsicheren Preislage, ein bestimmter Beitrag zur Unterstützung der Neubautätigkeit für 1922 kaum berechnet werden könne, so werde man doch von dem in der Entschließung des Reichstages genannten Betrage von 6 Milliarden Mark als Mindestbetrag ausgehen müssen. Wollte man diesen gesamten Betrag unmittelbar durch eine Erhöhung der Abgabe aufbringen, ohne Zulassnahme von Anleihen, so würde das eine Er-

höhung der Abgabe um etwa 100 Prozent der Friedens-miete bedeuten. Zur Deckung der erhöhten Aufwendungen des Hausbesitzes für die Verwaltung und Unterhaltung der alten Gebäude seien Mietsteigerungen notwendig, die im ganzen durchschnittlich auf etwa 100 Prozent der Friedensmiete geschätzt werden können. Auch sei mit weiteren staatlichen und kommunalen Grundsteuern zu rechnen, die im Ergebnis mindestens 50 Prozent der Friedensmiete ausmachen dürften. Gegenüber der Friedenszeit sei also mindestens mit einer Verteuerung von 160 Prozent zur Friedensmiete zu rechnen (100 Prozent Reichsmietengesetz, 50 Prozent neue Grundsteuern, 10 Prozent bisherige alte Wohnungsabgabe). Falls dazu eine weitere Erhöhung von 100 Prozent als Baukostenbeihilfe treten würde, so würde das insgesamt eine Verteuerung um 260 Prozent bedeuten. Zwar seien die Mieten in zahlreichen, während der Jahre 1920 und 1921 erbauten Wohnungen schon um diesen Betrag, teilweise sogar noch mehr gegenüber den Friedensmieten gesteigert worden. Aber der Gesetzentwurf wolle sich zunächst mit Rücksicht auf die große allgemeine Verteuerung auf eine geringe Steigerung beschränken.

Sicherung des Verkehrs nach Ostpreußen.

Keine Güterbeschlagnahme mehr. Vielfach wurden bisher Güter bei ihrer Beförderung durch den polnischen Korridor beschlagnahmt. Von Polen erging vor kurzem ein strenges Verbot gegen solche Beschlagnahmen. Wenn eine polnische Stelle den Durchtransport bestimmter Güter für unzulässig hält, so dürfen diese nicht mehr beschlagnahmt, sondern sie müssen zurückgewiesen werden. Über die Zulässigkeit einer derartigen Zurückweisung sind Verhandlungen zwischen Polen und Deutschland in Aussicht genommen. Im allgemeinen kann jedoch bereits jetzt damit gerechnet werden, daß sich der Verkehr nach Ostpreußen in Zukunft ohne weitere Beschlagnahmen abwickeln wird. Wegen der Ausgleichung von Schäden für die zurückliegende Zeit sind noch Verhandlungen im Gange. Schadensanträge, die sich auf Beschlagnahmen im Korridor in der Zeit vom 1. Oktober 1919 ab beziehen, können bei dem Regierungsrat Bagdow, bei der Eisenbahndirektion Ostern, Berlin-Charlottenburg, Zoologischer Garten, der zum deutschen Kommissar für diese Fragen bestimmt worden ist, angebracht werden.

Die Beisetzung des Papstes.

Neuntägige Begräbnisfeierlichkeiten. In der Krypta der Peterskirche fand am 25. Januar die Beisetzung Benedikts XV. statt. Zwischen einer Doppelreihe von Schweizergarden, die die militärischen Ehren erwiesen, wurde die Leiche unter Fackelbegleitung in die Chorkapelle gebracht, wo der Chor das „Miserere“ anstimmte. Drei Särge umschlossen den Leichnam: Der erste ist aus Zypressenholz und mit Seide gefüttert, der zweite besteht aus Blei, der dritte, der Inschrift und Wappen trägt, ist aus poliertem Ulmenholz gefertigt. Nachdem die Leiche in dem ersten Sarg niedergelegt war, erfolgte die Einsegnung, worauf der Kardinal-Camerlengo das Gesicht und die Hände des Papstes mit einem weißen Leinentuch bedeckte; zwei rote Samttaschen mit Gold- und Silbermünzen, die zur Zeit Benedikts geprägt worden sind, wurden ihm zu Füßen gelegt. Darauf wurde der erste Sarg geschlossen und mit violetten Bändern versiegelt. Der zweite Sarg wurde verläßt in den mit vergoldeten Schrauben verschlossenen dritten Sarg gesenkt. Darauf geleitete man den Sarg vor den Hauptaltar, wo er in die Gruft hinabgelassen wurde.

Es sei noch bemerkt, daß mit der Beisetzung die Begräbnisfeierlichkeiten noch nicht abgeschlossen sind: sie dauern neun Tage.

Kunst oder ...?

Nachwort zum Prozeß Celly de Aheidi. Berlin, 23. Januar. Der Prozeß gegen das Ballett der Frau Oberleutnant Seweloh, die sich auf dem Bretel, das ihre Welt bedeutet, Celly de Aheidi nennt, war eine Art verschleierter Auf-lage des so trauriger Berühmtheit gelangten „Neigen“-Pro-zesses. Länger als eine Woche hatten sich ernste, würdevolle preußische Richter mit der bedeutsamen Frage zu beschäftigen, ob junge und ältere Damen sich in Kabaretten, Kleinkunstsal-len und ähnlichen Schaubuden im Etablissement präsentieren dür-fen. Der Oberleutnant a. D. Alfred Seweloh glaubte, diese Frage mit einem entschiedenen „Ja“ beantworten zu dür-fen und stellte seine Frau öffentlich zur Schau. Das soll er jetzt mit 16 000 Mark Geldstrafe büßen, während Celly de Aheidi-Seweloh selbst gar 21 000 Mark zahlen soll. Das Ehepaar Seweloh muß also dem Staate 37 000 Mark opfern. Das ist spottbillig, denn die Kellame, die durch diesen Prozeß für das Unternehmen gemacht wurde, ist unter Brüdern das hehnfache wert, und das Ballett tanzt zur Freude aller Freunde des wahrhaft Schönen ruhig weiter. Das heißt: es tanzt eigentlich nicht, denn mit Ausnahme eines kleinen Fräuleins, das den sympathischen Namen Schulz trägt, kann es gar nicht tanzen. Kunstkenner, die als Sachverständige vor Gericht standen, haben der Frau Celly ausdrücklich erklärt, daß ihre ganze Tanzerei nichts wert sei und mit Kunst absolut nichts zu tun habe. Aber die ganze Geschichte hat auch ihre ernste Seite. Nicht alles, was sich auf sonst mit Zurückhaltung behandelte Gebiete bezieht, braucht schamlos zu sein. Aber die Herrschaften, die hier in Berlin und anderswo derartige Dinge auf die Bühne bringen zu müssen glauben, sollen nur nicht immer mit so hohen und hehren Worten, wie „Kunst“ kommen, wenn sie ihre Schaulustungen zu begründen suchen. Für ihre Art sind immer und überall nur reine Geschäftsinteressen maßgebend. Sobald sie das zugeben wollten, wäre schon vieles gewonnen. Als vor mehreren Jahren die Welt hüpfte, schlug alles die Hände zusammen, und als dann gar Olga Desmond ihre Aus-tante bekanntgab, schrien selbst die, die kein Wort Englisch verstanden: „Hoch! Hoch!“ Aber nun erschien Celly de Aheidi, und wer weiß, was noch kommt. Aber was hat das alles mit Kunst zu tun?

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rünsahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenormwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 24

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post Mk. 27.—
monatlich Mk. 9.—

Halver
Samstag, den 28. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Bg., auswärts 35 Bg., im Retikulett 1 mm hoch
90 mm breit 150 Bg.

22. Jahrgang

Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten und die Unterhaltungsbeilage.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Nach italienischen Meldungen kann der 8. März für den Beginn der Konferenz von Genua nicht eingehalten werden.
- * Der Reichskanzler schlug bei den Steuerverhandlungen vor, eine auf 5 Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe von 40 Milliarden Papiermark aufzulegen.
- * Die Gerüchte von der Abdankung König Konstantin von Griechenland werden durch die griechischen Gesandtschaften als unrichtig bezeichnet.
- * Die russische Eisenbahnverwaltung übernimmt auf Anordnung der Sowjetregierung vom 1. Februar ab wieder die volle Haftung für die ausgelieferten Eisenbahngüter.
- * Die Amerikaner werden auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz eine Entschliebung auf Verabreichung der großen Landheere einbringen.
- * Der Dollar notierte an der Berliner Mittwochsbörse 202,79 Mark.
- * Der Vorsitzende der Reparationskommission stellte eine neue Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit in Aussicht.
- * Die Verhandlungen der Parteien über das Steuerkompromiß führten zur Annahme einer Zwangsanleihe von 1 Milliarden Goldmark, zogen sich jedoch in den Einzelheiten so lang hin, daß die Kanzlerrede verschoben werden mußte.
- * Der deutsche Außenhandel im Dezember weist einen Ausfuhrüberschuß dem Werte nach von 0,9 Milliarden Mark auf.
- * Wie verlautet, werden am 30. Januar die in Oberschlesien liegenden italienischen Truppen abgezogen. Die Stärke des französischen Besatzungskontingents bleibt unverändert.
- * Die österreichische Regierung hat bei den Alliierten um Hilfe wegen der einsetzenden außerordentlichen Teuerung ersucht.
- * In Rom und Washington wird behauptet, daß die Konferenz in Genua verschoben werden würde.
- * Der polnische Außenminister erklärt hat sich zu entgegenkommenden Verhandlungen mit Deutschland bereit erklärt, falls sich Deutschland mit dem polnisch-französischen Bündnis auseinschneide.
- * Der Dollar notierte an der Berliner Donnerstagbörse mit 199,55 Mark.

Kampfpause.

Über das Steuerkompromiß und die politischen Verhandlungen vom Mittwoch und Donnerstag wird uns von einem parlamentarischen Mitarbeiter geschrieben:
Nach wochenlangen wechselvollen Verhandlungen zwischen den Parteien ist in der Steuerfrage in letzter Stunde eine Einigung erzielt worden, die dem Kanzler die Möglichkeit gab, mit einer Regierungserklärung über die weiteren Maßnahmen der Regierung zur Erfüllung unserer Reparationszahlungen vor den Reichstag zu treten. Damit hat der Kanzler, wie auf allen Seiten anerkannt wird, einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen, denn nicht zuletzt durch sein persönliches Eingreifen ist die Einigung ohne allzu große Opfer der Regierung zustande gekommen.

Die hauptsächlichste Differenz zwischen den Anschauungen auf der Rechten und auf der Linken bestand darin, daß man bei den Sozialdemokraten neben einer Zwangsanleihe auch die Erhebung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers, sowie höhere Vermögenssteuern verlangte, also eine Gesamtbelastung der besitzenden Kreise, die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien als untragbar und in ihren Wirkungen als vernichtend abgelehnt wurde. Nunmehr ist man auf dem Wege der gegenseitigen Konzessionen zu folgendem Plan gekommen: Die Regierung soll ermächtigt werden, ein Gesetz einzubringen, durch welches eine Zwangsanleihe im Betrage bis zu einer Goldmilliarde ausgeschrieben wird. Die dadurch aufzubringende Summe soll über den bis jetzt mit Mäh' und Rot ins Gleichgewicht gebrachten Etat hinaus zur Deckung der im Haushaltsplane überhaupt noch nicht vorgesehenen Leistungen an die Entente dienen. Diesem Zugeständnis der bürgerlichen Parteien steht als wichtigste sozialdemokratische Konzession der Verzicht auf den bis jetzt noch nicht angeforderten Teil des Reichsnotopfers, also auf die 40 Prozent übersteigenden Beträge dieser Steuer gegenüber. Man ging dabei von der Auffassung aus, daß der Rest des Reichsnotopfers durch die Zwangsanleihe gewissermaßen ersetzt werden soll. Die Anleihe soll bis zum 1. Juli durchgeführt werden, und die bis dahin eingehenden Beträge auf das zweite Drittel des Reichsnotopfers sollen auf die neue Anleihe angerechnet werden. Dementsprechend soll auch vorläufig bis zur Fertigstellung der Einzelbestimmungen dieser neuen Zwangsanleihe bei der Einziehung der darauf entfallenden Beträge die bestehende Veranlagung zum Reichsnotopfer maßgebend sein, und zwar unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Steuerzahler. Ferner verzichten die Sozialdemokraten auf die Nachkriegsgewinnsteuer, deren auf drei Papiermilliarden geschätztes Ergebnis ebenfalls als durch die Zwangsanleihe erledigt angesehen wird. Bei der Vermögenssteuer, bei der die Sozialdemokraten höhere Sätze verlangten, soll es nach der Vereinbarung bei Zuschlägen von 200 Prozent, wie sie der Reichstagsausschuß zugestanden, bleiben, während die Regierungsvorlage bekanntlich Zuschläge von 300 Prozent vorsah. Die eingetretene Geldentwertung soll übrigens künftig auch bei anderen Steuertarifen, insbesondere bei der Erbschaftsteuer, Berücksichtigung finden. In der Frage der Umsatzsteuer gestehen die Sozialdemokraten die Besteuerung der Konsumgesellschaften mit 2½ Prozent zu, während die bürgerlichen Parteien die Verabreichung der Zuckersteuer von 100 auf 50 Mark bewilligen. Außerdem soll die Salzsteuer auf 40 Prozent erhöht werden. Ein beson-

ders Fall umfassen einer Differenzpunkt, die Frage, ob die Vermögenssteuer die Veranlagung des Besitzes nach dem sogenannten gemeinen Wert oder dem Ertragswert vorgenommen werden soll, wurde dadurch aus der Welt geschafft, daß man diese Frage aus dem ganzen Steuerkompromiß herauslöste und sie einer besonderen Abstimmung im Plenum überließ.

Auf dieser sachlichen Grundlage kam in den interfraktionellen Sitzungen vom Mittwoch und Donnerstag und in den dazwischen abgehaltenen Fraktionsbesprechungen eine vorläufige Einigung zustande. Mehr Schwierigkeiten bereitete aber die Frage der Mehrheitsbildung und der damit zusammenhängenden Erweiterung der Koalition. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie ihrer Wählerschaft gegenüber durch die von ihnen bereits zugestandenen Abweichungen von ihrem ursprünglichen Programm, vor allem durch den vorläufigen Verzicht auf die sogenannte Erfassung der Goldwerte, bereits so stark belastet seien, daß sie die von weiten Kreisen der Sozialdemokratie abgelehnte Hinzuziehung der deutschen Volkspartei zur Regierung im jetzigen Augenblick nicht auch noch auf sich nehmen könnten. Die Volkspartei wiederum hatte ihre Zustimmung zu dem ganzen Kompromiß an die ausdrückliche Bedingung geknüpft, daß ihr persönliche und sachliche Garantien dafür gegeben würden, daß der Ertrag der Zwangsanleihe auch wirklich ganz sachgemäß nur für die dringendsten Reparationsleistungen verwendet werde. Die wichtigste derartige Garantie erblickte man allgemein in der Übernahme des immer noch unbefestigten Finanzministeriums durch ein Mitglied der Deutschen Volkspartei. Wenn dieser Wunsch nicht erfüllt wird, so bleibt die Frage offen, ob der Reichskanzler auch die Volkspartei mit zu der Mehrheit zählen kann, die ihm jetzt das Vertrauen ausspricht und ihm den Auftrag zur Weiterführung der Geschäfte im Sinne des vereinbarten Kompromisses erteilt.

Die Auffassung in parlamentarischen Kreisen geht daher in der Richtung, daß das jetzt abgeschlossene Kompromiß zunächst nur eine Kampfpause bedeute, und daß in dem Augenblick, in welchem der in Aussicht genommene Gesetzentwurf über die Zwangsanleihe vor das Parlament kommt, sowohl über dessen Einzelheiten, wie auch über die anderen, bisher nur von den Ausschüssen beratenen Steuerentwürfe neue schwere Auseinandersetzungen zu erwarten sind. Für den Augenblick aber kann der gewonnene Spielraum nun von der Regierung dazu benutzt werden, um auf der neuen Basis innerer Bewegungsmöglichkeiten der Entente gegenüber die von ihr verlangten Erklärungen über unsere Zahlungsfähigkeit abzugeben.

Die großen Probleme unserer Stellungnahme in Genua und der endgültigen, im Augenblick zwar aufgeschobenen, aber damit keineswegs aufgehobenen Bildung der großen Koalition müssen wiederum einem allerdings wohl in wenigen Wochen zu erwartenden Zeitpunkt überlassen bleiben.

Ablehnung ganz rechts und ganz links.

Das Steuerkompromiß, welches den ausgesprochenen Charakter der mittleren Linie trägt, findet bei den Deutschnationalen und den Unabhängigen keinen Anklang. Die Deutschnationalen werden vielleicht sogar ein Mißtrauensvotum gegen den Kanzler einbringen. Die Deutsche Tageszeitung sagt über die Zwangsanleihe: „Für die Landwirtschaft vollends wäre eine solche Zwangsanleihe schleichend ein tragbarer. Das große Mißverhältnis der deutschen Landwirtschaft, für das sie ohnehin ihren Kredit auf das äußerste anspannen müßte, würde dadurch im Keime erstirbt, mindestens zu gefährlicher Verfalltümmerung verurteilt.“ — Ebenso schärf lehnt man das Kompromiß links von der S. P. D. ab. Die „Freiheit“ bezeichnet das Kompromiß als durchaus ungenügend. Es bringt keine volle Deckung der aus den Reparationsverpflichtungen entstehenden Lasten, und es werde daher das Gleichgewicht im Staatshaushalt nicht hergestellt. Eine Quelle neuer Belastungen eröffne sich damit für die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Neugliederung des Reiches.

Die Zentralstelle für die Gliederung des Reiches hat außer zur Frage „Groß-Hamburg“ zu den Fragen „Hohenzollern“ und „Waldeck-Pyrmont“ Stellung genommen. In bezug auf Hohenzollern soll zunächst die Entwicklung der Frage „Groß-Schwaben“ abgewartet werden. Die Zentralstelle stimmt der Angliederung Pyrmonts an Preußen zu, sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend und empfiehlt dem Reichsminister des Innern, unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen einer Vereinigung Waldecks mit Preußen herbeizuführen. Eine Änderung der preussisch-hamburgischen Grenzen zur Schaffung eines „Groß-Hamburg“ gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen hält die Zentralstelle für unerwünscht und kaum durchführbar. Sie empfiehlt deshalb im allerersten Interesse alsbaldige Verhandlungen zwischen den Beteiligten.

Die Teilung Oberschlesiens Mitte März?

Aus Warschau wird gemeldet, die Interalliierte Kommission beabsichtige, den Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens Mitte März an Polen zu übergeben. Die Delegierten beider Staaten sollen am 6. Februar in Genf zusammenkommen, um die vereinbarten Beschlüsse endgültig zu formulieren. Der Aufenthalt der beiden Delegationen in Genf ist auf höchstens drei Wochen berechnet. In den letzten Tagen des Februar oder Anfang März erfolge dann die Ratifizierung der getroffenen Abmachungen im polnischen Landtag und im deutschen Reichstag.

Der deutsche Zahlungsplan.

Das Reichskabinett hat auf der Grundlage des Steuerkompromisses die endgültigen Beschlüsse über die Zahlungspläne gefaßt, die der Reparationskommission für die deutschen Leistungen im Jahre 1922 gemacht werden sollen. Die Höhe der vorzuschlagenden Summe, der Zahlungsplan, der Garantieplan wurden festgelegt, die endgültige Redaktion der Note ist jedoch einer weiteren Kabinettsberatung vorbehalten worden. Die Abreichung der Note ist für den Sonnabend in Aussicht genommen, an dem die 14-tägige Frist abläuft.

Das Deutschtum in Polen.

Der polnische Verband zum Schutze der Westgebiete gibt seinen Anhängern bekannt, daß von den 25 000 Deutschen, die im Laufe der letzten vier Wochen optiert haben, 12 000 die Absicht hatten, als deutsche Staatsangehörige in Polen zu bleiben. Bisher hätten sich in Polen und Pommern insgesamt 51 000 für Deutschland erklärt. Von diesen seien 31 000 nach Deutschland abgewandert.

Pressfreiheit im Mecklenburger Landtag.

Im Mecklenburger Landtag richtete der kommunistische Abg. v. Meyenburg heftige Angriffe gegen die Journalisten, wodurch diese sich in ihrer Berufsschre empfindlich gekränkt fühlten. Der Landesverband Mecklenburg im Reichsverband der deutschen Presse ersuchte in Gemeinschaft mit dem Zeitungsverlegerverein das Präsidium des Landtages um ausreichende Genugtuung. Da diese verweigert wurde, hat die Mecklenburgische Presse die Verichterstattung über die Landtagsverhandlungen einstellt. Wichtige Erklärung für die Reichseinheit.

Staatspräsident Dr. Hummel hielt im badischen Landtag eine bedeutende Ansprache. U. a. sagte er: Der Gedanke an die Reichseinheit ist auch der Leitgedanke der badischen Regierung. Die Münchener Zusammenkunft führender Männer einzelner Länder bedeutet ein deutsches Bekenntnis für die Reichseinheit. Dort ist bei allen Staatsmännern deutlich die Ansicht zutage getreten, daß der Wiederaufbau der Länder und des Reiches nur auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform und der gegenwärtig geltenden Verfassung ermöglicht werden kann. Die Zusammenkunft hat ferner bewiesen, daß die bayerische, württembergische und badische Regierung von dem Geiste gleicher Loyalität gegenüber dem Reiche erfüllt sind.

Die finanzielle Unabhängigkeit der Städte.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat zur Vertretung der Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und Reichstag gegenüber einen Ausschuß gebildet, der aus den Oberbürgermeistern Boeck-Werlin, Adenauer-Köln, Blüher-Dresden, Klasing-Darmstadt, Luther-Essen und Mitlaff, früher in Bromberg, besteht. In Übereinstimmung mit dem vom Wohnungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß hält der Vorstand des Deutschen Städtetages die Erhöhung der Reichswohnungsbaubgabe auf 100 Prozent der Friedensmiete für unvermeidbar.

Ungerechtfertigte Forderungen der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat das Verlangen gestellt, ihr über die Vorräte an Vieh und Nahrungsmitteln im besetzten Gebiet statistische Unterlagen zu geben. Der Reichsausschuß wurde ersucht, gemeindeweise Erhebungen über die Bestände zur Zeit des höchsten und des tiefsten Standes des Jahres 1921 zu veranlassen, wobei die Zahl oder Mengen der Ochsen, Rinder und Schafe, des Getreides, der Kartoffeln, Heu, Stroh und Hafer festzustellen sind.

Deutsch-Österreich.

Unruhen infolge der Teuerung befürchtet. Verschiedene Nachrichten belegen, der Niedergang der Krone habe ein solch ungeheures Steigen der Preise hervorgerufen, daß die Lage verzweifelt sei und Unruhen zu befürchten seien. Die österreichische Regierung habe deshalb den alliierten Mächten Vorstellungen gemacht, die Lage auseinanderzusetzen und erklärt, daß sie, wenn nicht innerhalb der nächsten Tage Hilfe aus dem Auslande einträfe, jede Verantwortung für die Folgen ablehne. — Eine Ansammlung von Bundesangehörigen demonstrierte in Wien vor dem Parlament wegen ihrer Gehaltsforderungen. Polizei vertrieb die Demonstranten.

Lettland.

Entlassung deutscher Beamter. Die Rigaer Stadtverwaltung hatte auf Grund der Verordnung, die von allen Beamten die Kenntnis der lettischen Sprache verlangt, vor mehreren Tagen zahlreiche deutsche Angestellte entlassen, ohne dabei die sachlichen Interessen der Kommunalverwaltung zu berücksichtigen. Viele Hunderte deutsche Beamte sind hierdurch brotlos geworden. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Ausschuß der deutschen Parteien Lettlands am Sonntag mehrere Protestversammlungen, die von Tausenden besucht waren. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, in der die deutschen Stadtverordneten und Stadträte ihrem Protest in der Weise Ausdruck gaben, daß sie von ihrem Posten zurücktraten.

Rußland.

Versuche zur Herstellung einer Goldwährung. Der Rat der Volkskommissare hat beschlossen, vom 1. Februar ab die Personentarife auf der Eisenbahn in Vorkriegsrubeln festzusetzen und zwar in Höhe von fünfzig Prozent der Tarifsätze, die im Juni 1917 in Geltung waren; die Gütertarife ebenso auf fünfzig Prozent der Sätze vom Januar 1921. Die Handelskammer des Nordwestgebietes hat beschlossen, die Kommission für die Preisregulierung beim Petersburger Volkswirtschaftsrat aufzulösen und anzuordnen, daß alle Geschäfte in Goldwährung abgeschlossen werden. Außerdem will man die Zwangsregulierung aller abgeschlossenen Geschäfte einführen. Ob dieses etwas unvermittelte Experiment Erfolge verbringt?

Griechenland.

Die Gerüchte über König Konstantins Abdankung erhalten sich andauernd, trotzdem sie ebenso hartnäckig als unrichtig hingenommen werden. Namentlich Serbien soll alle Anstrengungen machen, um Konstantin zu verdrängen und Griechenland dafür in Aussicht stellen, es dann in die kleine Entente aufzunehmen. Der griechische Kronprinz Georg soll für den Plan gewonnen sein.

Nordamerika.

X Schadenersatz für die „Lusitania“. In Washington fand eine Besprechung des Präsidenten Harding mit dem Staatssekretär Hughes und den Führern der beiden Senatsfraktionen über die Geldentwässerung der amerikanischen Schadenersatzforderungen an Deutschland einschließlich der „Lusitania“-Schäden statt. Man entschloß sich, mit Deutschland über einen besonderen Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln, durch den ein Spruchhof zu schaffen wäre, der über den Umfang der sehr beträchtlichen Forderungen zu entscheiden hätte.

Russ In- und Ausland.

München. Wie der Bayerische Kurier meldet, hat die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei einseitig den Abgeordneten Dr. Bahnrecher aus der Fraktion ausgeschlossen.

Belgrad. Der Abschluß des Militärvertrages zwischen Serbien und Rumänien wird als Abschluß für den Aufbau der sog. kleinen Entente angesehen.

Mailand. Die Anhänger des deutschen Verbandes haben bei den Gemeinderatswahlen in Tirol fast überall gesiegt. In Bozen wurden 27 Deutschkatoliken und sechs Sozialisten gewählt.

Smyrna. Da Gerüchte über die Anwesenheit türkischer Unterseeboote in der Nähe im Umlauf sind, haben die griechischen Behörden verfügt, daß alle Lichter am Eingang des Hafens gelöscht werden müssen und daß kein Schiff während der Nacht in den Hafen einlaufen darf.

Der preußische Etat im Landtag.

(98. Sitzung.)

11. Berlin, 25. Januar.

Im Preussischen Landtag wurde heute die Beratung des Haushaltsplans für das Jahr 1922 begonnen. Eingeführt wurde der Etat durch eine große Rede des

Finanzministers Dr. v. Richter,

dessen Ausführungen folgendes zu entnehmen ist: Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe ab mit über 29 Milliarden. Das bedeutet dem Vorjahr gegenüber eine Steigerung von 1519 Millionen. Aus der Reichseinkommensteuer fließen Preußen zu rund 12400 Millionen. Davon erhalten die Gemeinden rund 2800 Millionen. Der Haushaltsplan für 1921 wies einen Fehlbetrag von 24 Milliarden auf, der eingestrichen wurde mit dem Titel „aus der Erhöhung steuerlicher Einnahmen“. Von dieser „Erhöhung“ ist bisher noch nicht ein Pfennig eingegangen und Preußen muß heute noch den Fehlbetrag von 24 Milliarden decken. Im Reichshaushaltsplan sind jetzt die Einnahmen aus Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer ganz bedeutend gewachsen. Das muß auch für Preußen eine Steigerung der Einnahmen aus diesen Quellen um 227 Millionen bedeuten. Andererseits muß auch mit einer wesentlichen Steigerung der Ausgaben gerechnet werden. Der Minister wies dann auf die ungeheure Belastung hin, die dem Staat aus der durch die Geldentwertung bedingten

Erhöhung der Beamtengehälter

erwachsen. Die Länder können unter diesen Umständen ihren Pflichten nur nachkommen, wenn sie vom Reiche nicht nur Zuschüsse, sondern auch Zuschüsse erhalten. Einige Gemeinden haben bei der Bemessung ihrer Beamtengehälter nicht das Maß gehalten, das durch die schlechte Finanzlage geboten sei, und bei der großen Masse der Beamten bestünde der Eindruck, daß sie in der Gemeinde besser bezahlt werden als in anderen Behörden. Das Sperrgesetz müsse daher jetzt unbedingt durchgeführt werden. Darüber seien sich auch die allen Parteien einig. Es gehe nicht an, daß die Staatsbeamten schlechter bezahlt werden als die Gemeindebeamten in gleicher Stellung. Die Ergebnisse der staatlichen Betriebsverwaltung seien recht entmutigend. Man habe dabei wohl zu sehr das „staatliche“ und zu wenig den „Betrieb“ betont. Wir brauchen eine neue Grundfrage, um eine wirklich lebendige Betriebsverwaltung zu erhalten. Sie muß losgelöst werden von gewissen staatlichen Fesseln. Der Minister ging zum Schluß auf

die Folgen des Londoner Ultimatus

ein und stellte erneut die katastrophale Wirkung dieses Ultimatus für das Reich wie für Preußen fest. Durch den inzwischen eingetretenen weiteren Sturz der Mark haben sich die in London übernommenen Lasten für uns schon um mehr als das Dreifache vermehrt. Die wachsende Arbeitslosigkeit im Auslande werde jedoch auch die gegnerischen Staaten zu der Einsicht bringen, daß sie bei der Fortsetzung der Fresspolitik gegen Deutschland ihr eigenes Volk am schwersten schädigen. Aus England und Amerika kämen bereits verständliche Stimmen, und das lasse die Möglichkeit offen für die kleine Hoffnung, daß wenigstens in absehbarer Zeit bessere Zeiten kommen werden.

Nach der Rede des Ministers vertagte das Haus die Aussprache über den Etat auf Donnerstag.

Preussischer Landtag.

(94. Sitzung.)

11. Berlin, 28. Januar.

Der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Landesschiedsgerichts wird dem Beamtenausschuß, der Entwurf über die Beteiligung Preußens an einer gemeinnützigen Grundtreibstoffanstalt dem Wohnungs- und Siedelungsausschuß überwiesen. Die Verdoppelung der Anwaltsgebühren wird in dritter Lesung debattelos angenommen. Dann folgt die allgemeine

Aussprache über den Haushaltsplan für 1922.

Abg. Heilmann (Soz.) hält mit dem Minister die künftige Trennung der staatlichen Betriebsverwaltungen vom Etat für notwendig. Der Redner fordert einen Neuaufbau der ganzen Verwaltung mit dem Ziel einer Vereinigung und einer Beseitigung der Ziel- und Zweckeinanderregung. Das Zusammenarbeiten Preußens mit dem Reich muß noch viel inniger werden.

Abg. Wallraf (Deutsch.) weist für seine Parteifreunde die Bezeichnung „Katastrophenpolitik“ zurück. Für die Deutschnationalen stehe der Staatsgedanke höher als das Interesse der Oppositionspartei. Der laienmännliche Geist wird in die Betriebsverwaltung nicht durch einfache Änderungen des Verwaltungssystems einziehen. Wir regen an, die Grundsteuer einzuführen, aber als reine Kommunalsteuer, damit die Gemeinden endlich eine ergiebige Einnahmequelle erhalten. Die vom Abg. Heilmann geforderte Verwaltungsreform sollte bei den Gemeinden beginnen.

Abg. Dr. Hager (Zentr.): Katholiken und Sozialdemokraten sind vor der Revolution nicht gerecht behandelt worden. Der ganze Etat ist mehr oder weniger ein Wollenträgeretat, weil ebensoviele Positionen in den Wollen stehen und auf Nicht-tätigkeit keinen Anspruch erheben können.

Abg. Leid (U.-Soz.) bespricht die Teuerung und behauptet, der Wucher werde geradezu behördlich organisiert. Die ganze Politik sei auf dem Grundsatz aufgebaut „Verreichung auf Kosten der breiten Masse“.

Abg. Dr. Campe (D. Volksp.) wendet sich gegen den Vorredner. Mit solchen Reden wird Wasser auf die Mühlen der Entente gebracht. Der Redner geht dann im einzelnen auf den Etat ein.

Das Haus setzt die Besprechung des Etats bis zur Vertagung fort.

Trotki als Erzieher.

Die Moral des Fenstersturzes.

Der allmächtige Diktator Rußlands, Herr Trotki, hat auf der Konferenz der Arbeiterjugend eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte: Rußland ist die einzige Arbeitermacht in der ganzen Welt. Hat uns die Bourgeoisie bis jetzt nicht beseitigen können, so wird es ihr jetzt niemals mehr gelingen. Die Sowjetrepublik und das bürgerliche Europa sind mit zwei geschworenen Feinden zu vergleichen, die zusammen das Abteil eines Eisenbahnzuges besetzen, beherrscht von dem Gedanken, daß nur einer von den beiden am Leben bleiben darf und jeder bereit, den anderen aus dem Fenster zu werfen. Es vergeht eine halbe Stunde, und dies ist noch nicht gelungen, vielleicht müssen sie noch eine halbe Stunde zusammen fahren. Man muß es sich also irgendwie bequem machen und die Koffer unterbringen. Aber sie bleiben deshalb doch geschworene Feinde. So müssen wir eine Zeitlang mit den Bourgeoisstaaten leben.

Herr Trotki sollte doch ein wenig nachdenklicher werden, wenn er auf seine Kampfanlage an Europa das Echo aus Europa hört. Hier denkt man nicht daran, den anderen „aus dem Fenster zu werfen“, sondern denkt etwas christlicher, indem man sich der unter der furchtbaren Hungersnot leidenden „Feinde“ nach Kräften annimmt. Eben erst hat Trotki Ransen in Genf die Hungersnot geschildert, die unvorstellbar weiter um sich greife und nunmehr ein von fast 32 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. Neunzehn Millionen seien unmittelbar vom Tode bedroht, davon 15 Millionen jedenfalls rettungslos dem Tode verfallen. Die Regierungen müßten jetzt eingreifen und dürften keinen Tag mehr verlieren. Ransen empfiehlt mögliche Beschränkung der Nahrungsmittelzufuhr auf Getreide. In vier Monaten könne jedoch wegen Transportmängeln nur ein Drittel der bedrohten Bevölkerung gerettet werden. Wie aus dem Finanzbericht ersichtlich ist, sind außer gewissen Naturalleistungen bisher für die Ziele Ransens in den einzelnen Ländern etwa 28 Millionen Goldmark aufgebracht worden, die aber bald aufgebraucht sein werden, sodaß eine tiefgreifende finanzielle Hilfe notwendig ist. Die größte Hilfsfähigkeit hat bis jetzt Amerika entfaltet. Deutschland, dessen Bemühungen Ransen wiederholt erwähnte, hat bis jetzt etwa sieben Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

lokales und Provinzielles.

Halver, den 28. Januar 1922.

□ Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen. Eine Umfrage des preussischen Ministers des Innern hat ergeben, daß die Angabe des Religionsbekenntnisses in den für Reisende vorgegebenen An- und Abmeldeformular und in den Fremdenbüchern nur noch an wenigen Orten verlangt wird. Auch hier soll Anweisung ergehen, daß dies künftig nicht mehr geschieht. Nach Artikel 136 der Reichsverfassung werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten nach Ausübung der Religionsfreiheit nicht beschränkt. Nach Absatz 3 dieses Artikels ist niemand verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben jedoch soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine gesetzlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. Gestützt auf diese Vorschrift der Reichsverfassung verfügte der Minister, daß die Angabe des Religionsbekenntnisses für solche Personen notwendig sei, die an einem Orte dauernd Aufenthalt nehmen.

*) Halver, 27. Jan. Die am Sonntag abend im Schmalpurbahnhofe abgehaltene jährliche Hauptversammlung des Vereins für Geflügel- und Singvögelschutz war nur mäßig besucht. Nachdem der Vorsitzende, Hauptlehrer Horstmann, Winthausen, dieselbe gegen 6.20 Uhr eröffnet hatte, gedachte er des verstorbenen Fabrikanten Hugo Wilmsmann zu Haus-Heide, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Aus dem erstatteten Jahresberichte ist zu entnehmen, daß vier Versammlungen stattgefunden haben, die alle nur schwach besucht waren. Es sind drei Zuchtstationen errichtet, die, wie die Altener Kreisaussstellung ergeben hat, mit gutem Erfolg gearbeitet haben. Die Zahl der Mitglieder beträgt 60, im Laufe des Jahres sind zwei Mitglieder durch den Tod und zwei freiwillig ausgeschieden. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Hebung der Wassergeflügelzucht noch mehr Aufmerksamkeit zugewandt werden möge, auch müsse die Einrichtung weiterer Zuchtstationen in die Wege geleitet werden. Des weiteren wurde über die Mittel und Wege beraten, um die Prämierung der Geflügelsche einheitlich zu gestalten. Nachdem die von dem Kassierer Otto Barling, hier selbst, gelegte Rechnung von Fr. Neuhaus, Rüdelshausen und H. Herpel-Deckinghausen, geprüft und stimmend befunden war, wurde dem Kassierer unter dem Ausdruck des Dankes Entlassung erteilt. Der Jahresbeitrag wurde von 3 auf 5 Mark erhöht. Die schon früher ins Auge gefasste Errichtung einer Zuchtstation weißer Kamelschöher die Adolf Heffendahl übernehmen soll, wurde endgültig beschlossen, zu dem Zwecke sollen drei Satz Bruteier beschafft werden. Zur Errichtung einer Zuchtstation weißer Wanddottes sollen zwei Satz Bruteier beschafft werden. Die Errichtung einer Zuchtstation Wassergeflügel voraussichtlich Pefingenten wurde für später vorgesehen. Der Preis der Bruteier aus den Zuchtstationen soll für Mitglieder des Vereins eine Mark mehr als der Tageseierpreis, für Mitglieder des Kreisvereins 50 Prozent über diesem betragen. Der Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hauptlehrer Horstmann, 2. Vorsitzender Stationsvorsteher Stort, 1. Kassierer Adolf Heffendahl, Halver, 2. Kassierer Fritz Neuhaus, Rüdelshausen, 1. Schriftführer H. Herpel, Deckinghausen, 2. Schriftführer J. W. Grüber, Neumühle und Beisitzer Otto Cramer, Streitschmid und Sanitätsrat Dr. Köhler. Sodann wurde über die Futterversorgung während der demnächst beginnenden Zuchtperiode eingehend beraten. Nachdem der Vorsitzende noch um ferneres treues Wirken für den Verein zur Hebung der Geflügelzucht gebeten hatte, schloß er kurz vor 8 Uhr die Versammlung.

— Halver, 28. Jan. Wie wir erfahren, wird am 12. Februar im Haus zur Fuhr ein Lieder- und Arienabend veranstaltet, in dem eine geborene Halveranerin mit ihrem Gatten erstmalig hier in ihrem Heimatort auftreten wird. Es ist das Ehepaar Fritz Sigis und Frau Cläre geb. Henkel, die sich dem Studium des Konzert- und Operngesanges gewidmet haben

und unter ihrem Künstlernamen Fritz Hunding und Cläre Henkel-Hunding in Köln und in der näheren und weiteren Umgebung bereits große Erfolge erzielt. Wir nehmen Veranlassung, schon heute auf das Konzert hinzuweisen.

* Kierspe, 28. Jan. Schwester Margarete Reinhold, die bisher an einer längeren, schweren Krankheit litt, hat ihren Dienst wieder aufgenommen. Sie wohnt bei Pastor Meyer zu Theenhausen.

* Kierspe, 27. Jan. In der letzten Generalversammlung der Kriegsbeschädigtenvereine für das Amt Kierspe wurde der Vorstand neu gewählt und besteht nun aus Albert Vielhauer zu Felderhof als 1. Vorsitzender, Carl Pelz zu Wilbrinhausen als stellv. Vorsitzender. Fritz Fischer zu Kierspe als 1. und Ernst Bastian zu Kierspe-Bahnhof als 2. Schriftführer. Albert Schröder zu Kierspe-Bahnhof als 1. Kassierer und Ernst Lange zu Kierspe-Bahnhof als 2. Kassierer. Als Beisitzer wurden gewählt Fritz Plate für die Dorfbauerschaft, Fritz Weidemann zu Burg für die Höhlener Bauerschaft, Fritz Gogarten für die Rönshaler Bauerschaft, Willy Jünger zu Kierspe-Bahnhof für die Hohenholter Bauerschaft.

Sagen, 27. Jan. Umfangreiche Diebstähle zum Nachteil des Telegraphenamts aufgefällt. Am 12. Januar fand ein Kriminalbeamter an der Ecke Halbener- und Feithstraße im Straßenrand drei Rollen Kupferdraht (Leitungsdraht). Die angestellten Ermittlungen ergaben, daß der Draht Eigentum des Telegraphenamtes war. Es wurde weiter festgestellt, daß eine Bauabteilung des Telegraphenamtes in der Bohlostraße Arbeiten auszuführen und in einer Scheune 12 Rollen Leitungsdraht aufbewahrt hatte. Alle 12 Rollen waren hier gestohlen worden. Der Diebstahl war aber nicht gemeldet worden, weil die Arbeiter den Anschein erwecken wollten, als wenn der Eigentümer der Scheune für das Verschwinden der Rollen in Frage käme. Der betr. Landwirt war aber den Beamten der Kriminalpolizei als ehrlicher und braver Mann bekannt. Inzwischen hatten die mit der Aufklärung betrauten Kriminalbeamten aber den Dieb der drei gefundenen Rollen ermittelt und auch die Diebe der fehlenden neun Rollen unter den Bauarbeitern festgestellt. Durch die unermüdliche Arbeit der betr. Kriminalbeamten wurde weiter festgestellt, daß schon seit Jahren Arbeiter des Telegraphenamtes Leitungsdraht gestohlen und verschoben hatten. Nicht nur hier fanden die Diebe Abnehmer, nein, die Sendungen gingen bis nach Berlin. Ein Oberbauinspektor ließ auf eigene Rechnung Nebenstellen herstellen. Hiergegen wäre an und für sich nichts einzuwenden gewesen, wenn die damit beauftragten Arbeiter dies in der Freizeit gemacht hätten. Diese Nebenstellen wurden aber auf Kosten des Telegraphenamtes während des Dienstes und unter Verwendung des dem Telegraphenamtes gehörenden Drahtes hergestellt, indes flossen die Herstellungsgebühren für diese Anschlüsse in die Taschen des Oberbauinspektors. Jedenfalls war es ein recht einträgliches Geschäft. Die Diebe, denen das Treiben des Oberbauinspektors bekannt war, haben einmal den Ausdruck getan: „Unser Bauinspektor kann uns nichts machen, den haben wir fest in der Hand“. Es ist deshalb nicht wunderlich, mit welcher Frechheit diese Spitzbuben zu Werke gegangen sind. Bei Nacht und Nebel sind sie in Begleitung eines hiesigen Althändlers, mit dessen Fuhrwerk hinausgefahren, und haben aus der Fernleitung Drähte herausgeschnitten. Den Gipfel der Frechheit haben die Diebe aber wohl dadurch erreicht, daß sie während der Dienstzeit, mit ihrer Dienstmütze bedeckt, im Hofe des Telegraphenamtes einen Postkasten mit Draht beluden und bei ihren Abnehmern verschachteten. Die Verwaltung des Telegraphenamtes ist durch das Treiben dieser gewinnstüchtigen Menschen nach vorläufiger Schätzung um 150 000 bis 200 000 Mark geschädigt. Die Diebe und Hehler, es ist eine ziemlich lange Kette, wurden festgenommen.

Bochum, 26. Jan. Bei einer Balgerei gerieten auf dem Gut Hasle bei Stade zwei 16jährige Burschen in das Getriebe der Dreschmaschine. Einer von ihnen namens Ehlers, erlitt furchtbare Verletzungen beider Beine. Er starb wenige Stunden später im Krankenhaus. Der andere junge Mann kam mit leichteren Verletzungen davon.

Mhlen, 26. Jan. Ein hiesiger Viehhändler wollte mit einem Transport von 18 Ferkeln zu einem auswärtigen Markte fahren. Unterwegs scheute das Pferd. Es gelang nicht, es wieder einzufangen. Abends wurde dem Viehhändler gemeldet, daß der ganze Transport in die Lippe geraten sei. Pferd und Ferkel waren ertrunken.

Solingen, 26. Jan. Beim Rodeln ist im Sauerlande der Leiter der Solinger Tempergießerei Direktor Scheurmann tödlich verunglückt.

Köln, 26. Jan. Ein großer „Reinfall“ war dem Männerchor eines Kölner Vorortes beschieden, als der Verein in einem Lichtspielhause mit einer Orchester-gesellschaft ein sehr gut besuchtes Morgenkonzert zum Besten der Kriegsblinden abhielt. Eben war die Ouvertüre zur Oper „Präziosa“ verklungen und der Chor hatte auf dem improvisierten Podium Aufstellung genommen, um den Tag des Herrn erschallen zu lassen. Der Dirigent erhob den Taktstock, da — ein Krach und die Sänger sind in der Sentung verschwunden. Eine kurze Weile lähmender Schreck der Zuhörer, dann erschallte ein befreiendes Gelächter, als sich herausstellte, daß niemand der Sänger nennenswerten Schaden, außer einigen zerrissenen Hosenböden und leichten Hautabschürfungen, erlitten hatten.

Eingelandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion.)

— Halver, den 27. Januar 1922.

Wie aus dem Inseratenteil bekannt, ladet der gewerbliche Mittelstand am Sonntag, den 29. d. Mts. zu einer Gründungsverammlung in das Lokal der Geschw. Fasbender ein. Eigentlich müßte es sich erübrigen auf den Zweck und die bittere Notwendigkeit dieses längst entbehrlichen Zusammenschlusses hinzuweisen. Gibt es doch in der heutigen Zeit, neben ernster Arbeit, nur ein

Mittel durch welches es noch möglich ist im großen schweren Daseinskampfe sich zu behaupten „der Zusammenschluß“, und so muß auch diese Tagung den Grundstein legen, zu einer macht- und kraftvollen Organisation, die in zäher Arbeit den Boden vorbereitet für einen gesunden, lebenskräftigen Mittelstand in unserer Gemeinde. So wollen auch wir das hohe Ziel des Solidaritätsgedanken in den Vordergrund unserer Bestrebungen stellen. Im persönlichen Geiste wollen wir mit den Angehörigen aller Berufsstände in Frieden leben und wir glauben, daß dem Mittelstand und vornehmlich dem Bauernstand gerade in Deutschland für die kommenden Jahrzehnte erhöhte Aufgaben zufallen werden und gilt es für uns insonderheit mit der Landwirtschaft Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Wir müssen uns nebenher im eigenen Kreise besser verstehen lernen und zielbewußt unsere Gesamtinteressen und Forderungen vertreten. Wir dürfen nicht länger der Welt das Schauspiel der Uneinigkeit geben, wir müssen praktische Gemeinschaftsarbeiten leisten; mithelfen und arbeiten, das ist es, was von jedem einzelnen gefordert werden muß. Dem gewerblichen Mittelstand stehen Monate und Jahre bevor, die vielleicht die schlimmsten sind in der endlosen Kette seiner bisherigen Bedrängnisse. Steuerpläne verrückter Art, Besteuerung und Erfassung jeglichen Besitzes. Bestrafung jedes persönlichen Gleißes und Sparsamkeitssinns, das sind die äußeren Zeichen unter diesen anderen, welche dem schwarzen Schöße der Zukunft zum Vernichtungsstöße emsteigen und sich unaufhaltsam nähern. Hat man diese Erregungen der neueren Zeit immer noch nicht erkannt? In diesem großen Kampfe der uns bevorsteht, können wir nur auf uns selbst bauen und zwar in einem engeren Zusammenschluß. Wir leben in einer Zeit der Massenwirkung, wo die Masse neben der Masse etwas erreichen kann. Darum müssen auch wir durch unsere Masse wirken, wenn wir nicht erdrückt werden wollen. Das muß endlich jeder von uns erkennen und wer es erkannt hat, hat die heiligste Pflicht mitzuarbeiten und in der Gründungsversammlung zu erscheinen.

Die Not der Presse.
Betriebsräte gegen Druckpapiertenerung.
Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe haben folgende Entscheidung an die Reichsregierung gesandt:
„Die Betriebsräte der Leipziger Zeitungsbetriebe ersuchen die Regierung, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der wirtschaftlichen Gefährdung der Tagespresse zu ergreifen. Die Leipziger Zeitungsbetriebsräte fordern die Regierung auf, der Verteuerung des Druckpapiers entgegenzuwirken durch Überwachung der Holzpreispolitik der einzelstaatlichen Forstverwaltungen, ferner durch Überwachung der Preispolitik der Papier- und Zellulosefabrikanten. Die Ausfuhr für Druckpapier ist strenger als bisher zu kontingentieren, nötigenfalls gänzlich zu sperren. Jede Gefährdung des Inseratenverkehrs durch erhöhte Umschlagpreise muß vermieden werden. Die Versorgung des Gewerbes mit dem nötigen Druckpapier ist sicherzustellen durch Einreichung des Zeitungsdruckpapiers in die Klasse der lebensnotwendigen Bedarfsgegenstände. Die Leipziger Zeitungsbetriebsräte glauben, die Regierung darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die betroffene Arbeiterschaft dem Ruin ihres Gewerbes durch die Ausbeutungsmethoden einer Unternehmerrgruppe nicht tatenlos zusehen dürfte.“

Gepp Dertter vor Gericht.
Der Ministerpräsident und der Varietékünstler.
m. Braunschweig, 26. Januar.
Vor der hiesigen Strafkammer begann gestern der Prozeß gegen den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Gepp Dertter und den Hypnotiseur und Varietékünstler Otto Schlesinger, der sich Otto Otto nennt und eine

„Professur“ von Dertters Schwaben war. Man erinnert sich, daß Dertter wegen der Ständelgeschichten, in deren Mittelpunkt er stand, auf das Parteisekretariat und auf das Mandat verzichtete oder verzichten mußte. Bei den letzten Landtagswahlen hat er jedoch wieder für die Unabhängigen kandidiert und ist am 22. d. M. auch gewählt worden. Er ist, wie sich aus der Feststellung seiner Personalien ergab, wiederholt bestraft worden, u. a. im Jahre 1893 wegen Aufreizung und wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz zu einer Zuchthausstrafe von mehreren Jahren. Diesmal hat er sich wegen Bestechlichkeit zu verantworten. Er soll von dem Mitangeklagten Otto Otto zweimal 10 000 Mark angenommen und sich dafür verpflichtet haben, dem Hypnotiseur den Professortitel und für seine Heilanstalt in Blankenburg die Unterstützung der braunschweigischen Regierung zu verschaffen. Schlesinger behauptet, daß er Dertter, den er für einen Idealisten gehalten habe, das Geld nur als freundschaftliches Darlehen zur Verfügung stellte. Otto Otto ist tatsächlich zum Professor ernannt worden, aber der Regierung mag die Sache schließlich doch ein bißchen bedenklich erschienen sein, und das Kabinett beschloß eines schönen Tages, die Titelverleihung rückgängig zu machen. In diesem kritischen Augenblick sprang Dertter von neuem für den Freund ein, indem er erklärte, daß er die Titelentziehung hintertreiben könne und werde, wenn der Herr Professor seine (Dertters) Schulden, die 30 000 Mark betragen, bezahle und sich außerdem bereit erkläre, ihn nach England mitzunehmen und ihn dort Geld verdienen zu lassen. Otto wollte damals nämlich in England Vorträge halten und die Heilpraxis ausüben; er versprach sich davon einen Millionengewinn. Der Ministerpräsident aber wollte diese Vortragsreise gewissermaßen als „Manager“ mitmachen, und das wäre immerhin ein etwas ungewöhnliches Unternehmen gewesen. Schließlich aber versicherte sich der ganze Reifeplan, weil Otto Otto sich die Sache anders überlegt hatte und dem Minister die Freundschaft kündigte.

Der Dessauer Theaterbrand.
Flammentod der Kammerfängerin Herling
s Dessau, 26. Januar.
Das frühere Dessauer Hoftheater, das seit der Revolution Friedrichtheater hieß, ist ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer brach mittags gegen 12 Uhr während einer Probe aus und griff so schnell um sich, daß an eine Rettung des Theatergebäudes und des ihm benachbarten Kammertheaters nicht zu denken war, obwohl zahlreiche Feuerwehrmannschaften sofort tatkräftig eingriffen. Man hatte zuerst angenommen, daß der Brand durch einen Kurzschluß verursacht worden sei. Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß ein Schaden in der Heizungsanlage, die wegen der strengen Kälte sehr stark geheizt war, die Ursache des Brandes war. Eine Zeilung war auch das städtische Elektrizitätswerk, das unmittelbar an das Theater angrenzt, aufs höchste gefährdet, doch gelang es den Böschmannschaften, ein Übergreifen des Feuers, das fünf Stunden lang wütete, zu verhindern. Das Theater, eines der bekanntesten Deutschlands, ist vollständig vernichtet, nur die nackten Mauern stehen noch. Der Schaden beträgt mehrere Millionen, da von den wertvollen Bühnenausstattungen, Kostümen und Requisiten nichts gerettet werden konnte.
Der furchtbare Brand hat leider auch ein, vielleicht zwei Todesopfer gefordert. Bei dem Versuch, sich zu retten, fand die Kammerfängerin Lilly Herling, die beliebteste Künstlerin des Theaters, den Tod. Der Leichnam wurde in fast völlig verkohltem Zustande auf einer Treppe liegend aufgefunden. Frau Herling hatte, als das Feuer zum Ausbruch kam, mit dem technischen Direktor des Theaters, Herrn Meyer, eine Besprechung. Meyer und der Beleuchtungsinspektor sowie ein in der Kostümschneiderei beschäftigter Gehilfe erlitten Verletzungen. Durch eine einfallende Decke wurden ferner ein Federweber und zwei Schützen nicht unerheblich verletzt. Außer Frau Herling dürfte auch ein Theaterfiscus in den Flammen umgekommen sein.
Das Ensemble mit dem Orchester des Theaters setzten sich aus etwa 200 Personen zusammen. Die Befürchtung, daß dieses ganze Personal nunmehr brotlos werden könnte, scheint sich glücklicherweise nicht zu bestätigen, da die Mit-

glieder des ehemaligen herzoglichen Hauses, die von jeher sehr kunstfreundlich waren und auch nach der Revolution in großzügiger Weise für den Fortbestand des Theaters sorgten, nach Möglichkeit für die Künstler, die Angestellten und die Arbeiter eintreten wollten. Die herzogliche Familie hat auch bereits erklärt, daß sie Mittel für den Wiederaufbau des Theaters zur Verfügung stellen werde. Das jetzt abgebrannte Theater, das etwa 1200 Personen faßte, wurde im Jahre 1856 eröffnet, nachdem das im Jahre 1798 erbaute erste Hoftheater 1855 niedergebrannt war. Berühmt wurde das Theater vor allem durch die dort veranstalteten anhaltischen Musikfeste, die Dessau einen hohen Ruf als Musikstadt verschafften.

Kleine Nachrichten.
Opfer des Märzaufrandes.
Berlin. Wie aus einer Antwort des Ministers Sebering auf eine Landtagsanfrage hervorgeht, beträgt die Zahl der Opfer des mitteldeutschen Aufrandes: bei der Zivilbevölkerung 145 Tote, 51 Verwundete und 2 Vermisste, bei der Schutzpolizei 32 Tote, 67 Verwundete.
33 Millionen hungernde Russen.
Berlin. Laut Nachrichten des Ratten-Hilfskomitees werden gegenwärtig in Rußland 33 Millionen Hungernde gezählt. Die Lage in der Wolgaregion ist nach den letzten Berichten entsetzlich. Von etwa 32 000 Kindern der Stadt Nowo, in der in der Hauptsache deutsche Ansiedler wohnen, können 8500 regelmäßig Nahrung erhalten. In den Hungergebieten macht sich jetzt auch ein starker Mangel an Ärzten geltend. Durch den Ärztemangel vergrößert sich auch immer mehr die Seuchengefahr.
Das Dessauer Hoftheater zerstört.
Dessau. Der Brand des Friedrichtheaters, das mit seinem reichen Inventar als verloren gilt, brach während einer Probe durch eine Explosion auf dem Schnürboden aus. Menschen kamen nicht zu Schaden. Das Feuer hat die benachbarten Kammertheater und ein Geschäftshaus ergriffen und bedroht weitere Gebäude.

Bestrafter Schmuggler.
Stettin. Das Schöffengericht in Bergen verurteilte den früheren Landwirt Person aus Schweden wegen verurteilten Schmuggels zu 200 000 Mark Geldstrafe und einer Woche Gefängnis. Bei seiner Vernehmung gab er zu, daß er Uhren, Kleidungsstücke, Messer, Schmuckgegenstände usw. ohne Genehmigung der Zollbehörde aus Deutschland nach Schweden habe bringen wollen.
Franzosen beschlagnahmen deutsche Geldspenden.
Genèbre. Einer Meldung zufolge sind die durch die Sammlungen im besetzten Gebiet aufgebracht Gelder für die Abignongefangenen, die dazu dienen sollten, den noch Inhaftierten durch Liebesgaben das harte Los zu erleichtern, von der Interalliierten Rheinlandkommission im gesamten besetzten Gebiet beschlagnahmt worden.
Vom Eise eingeschlossen.
Miga. Sechs deutsche Dampfer sitzen im Nigaischen Meerbusen in schwerem Eise fest und befinden sich in sehr gefährlicher Lage. Da die russischen Eisbrecher nicht ausfahren können, ist ein deutscher Kreuzer von Kiel aus zu Hilfeleistung abgefahren.
Abänderung des Achtstundentages in Frankreich.
Paris. Der Kammerausschuß für Arbeiterfragen hat beschlossen, eine durchgreifende Revision des Gesetzes über den Achtstundentag vorzuschlagen. Nach dem Vorschlage des Ausschusses soll die Arbeitsdauer für die verschiedenen Industriezweige durch besondere Gesetze je nach dem Bedürfnis des besonderen Zweiges verschieden geregelt werden.

Kohlenbericht Elektrizitätswerk Mart.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herdecke	Elzertingen	Stiesel
24. 1. 1922	1195 t	1344 t	164 t
25. 1. 1922	1165 t	1344 t	249 t

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Stall Karlen.

Helene Vormann
Otto Grebe
Verlobte

Bruch b. Garthausen Dortmund

im Januar 1922.

Bevor **Sie** Ihre
Wohnungs-Einrichtung
kaufen

besichtigen Sie ohne Kaufzwang unser grosses Lager in
Möbel
und Sie werden finden, dass Sie
billig
und zwar zu bedeutend reduzierten Preisen Ihre Möbel
bei uns erhalten können

Central - Möbel - Haus
Berger & Comp. 2095.
Hochstr. 89 Hagen i. W., Ecke Kampstr

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den bestehenden Bestimmungen die Abschriften der Hausarbeitsverzeichnisse bis zum 15. Januar dieses Jahres eingereicht werden müssen.
Ich erinnere an die Einreichung der Verzeichnisse und weise darauf hin, daß Zuwiderhandlungen bestraft werden.
Halver, den 25. Januar 1922. Der Amtmann.

Freiwillige Feuerwehr
Bürhausen
feiert am Sonntag, den 5. Febr. d. J.
im Lokale des Herrn Th. Crummenel
ihr diesjähriges
Winterfest
durch
Konzert, Theater und Ball.
Anfang nachmittags 4 Uhr.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein
Der Vorstand.
Die Musik wird ausgef. v. Musikverein Kierspe-Whf.

Durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, sind ab heute für die Anfertigung der Herren-Magarderober nachfolgende Preise vereinbart:

Sack-Anzug	600 Mark
Rock-Anzug	650 Mark
Gehrock-Anzug	750 Mark
Paletot	400 Mark
Konfirmanden-Anzug	300 Mark
Hose	140 Mark
Weste	95 Mark
Reparaturen Stundenlohn	15 Mark

Die Preise gelten als Mindestsätze bei sofortiger Kasse. Mehrarbeit bei Berücksichtigung spezieller Wünsche entsprechende Berechnung.
Stoffmuster, bei Ausschaltung der minderwertigen, fast ausschließlich der Verarbeitung nicht lohnender Hausierware, stehen der Kundschaft stets in reicher Auswahl und äußerst preiswert zur Verfügung.
Die Schneidermeister des Amtes Halver.

Bekanntmachung.
Zur Vereinfachung der Mittel für die auf Grund des Gesetzes vom 17. Dezember 1921 zu zahlenden Zulagen zu Unfallrenten hat der Genossenschaftsvorstand nach Benehmen mit dem Reichsversicherungsamt angeordnet, daß gleichzeitig mit der Erhebung des Genossenschaftsbeitrages für das Jahr 1921 ein Vorschuß auf die Beiträge der Genossenschaftsmitglieder für das Jahr 1922 in Höhe des Beitrags für das Jahr 1921 zu erheben ist. Dieser Vorschuß gelangt auf den nach Ablauf des Jahres 1922 zur Erhebung gelangenden ordentlichen Genossenschaftsbeitrag für das Jahr 1922 in Anrechnung.
Die Heberollen liegen von morgen ab 2 Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten im Amtszimmer der Gemeindebestelle aus. Die Zahlungspflichtigen können binnen 2 Wochen nach Ablauf der Frist gegen die Beitragsberechnung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Friedrichstr. 1, Widerspruch erheben. Der Widerspruch entbindet nicht von der Pflicht zur vorläufigen Zahlung des Beitrages.
Halver, den 27. Jan. 1922. Der Amtmann.

Schweine-Versicherungs-Verein Vornbaum.
Mittwoch, den 1. Febr. 1922
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Rechnungsablage.
3. Preisfestsetzung der Entschädigung.
4. Vorstandswahl.
5. evtl. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Kleinfabrik und Schmiedewarenfabrik sucht für Betrieb und Kontor gewandten in allen Arbeiten durchaus erfahrenen
Angestellten
aus der gleichen Branche.
Angebote unter R 209 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Kontobuch „Steuerschutz“
Die Buchführung für jedermann zur schnellen u. leicht. Ermittlung der Einkommen-Ver-mögens-u. Umsatzsteuern 3a haben bei Wilh. Bell Jr., Halver.

Taschenlampen-
Birnen, Batterien
laufend frisch
Fritz Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Führer durch die Geschäftswelt.

Schalksmühle:

Eduard Grüber, Maßgeschäft.
Ältestes Geschäft am Platz Fernruf Nr. 219.

Lager in den neuesten in- und ausländischen Stoffen.

Gust. Schröder

Telephon 37

Haus- und Küchengeräte
Lieferung kompletter Aus-
steuern franko Haus
Grosse Auswahl in Geschenkartikel.

Hugo Schnöring, Telephon 136

Fabrikation landw. Maschinen u. Geräte
fabriziert und liefert unter Garantie
Wendepflüge mit und ohne Selbstführung,
sowie famit. landw. Maschinen und Geräte.
Reparaturen werden prompt u. fachgemäss ausgeführt.

Fernruf 140 Robert Zapp Fernruf 140

Kolonialwaren, Delikatessen,
ff. Wurstwaren,
Krügers und Krefers Zwieback,
Tabak, Zigarren, Zigaretten etc.

Gust. Eichholz

Herren-, Burschen- und Knaben-
Konfektion, Arbeiter - Garderobe,
Normalwäsche, billigste Einkaufsgelegenheit für
Baumwollwaren

Adler-Drogerie Aug. Cordt

Empfehle noch zu alten Preisen:

Zigarren, Zigaretten, Artikel zur Haar-
baur- und Zahnpflege, Celluloidwaren,
Seifen, Parfüm u. s. w. u. s. w.

Empfehle zu den billigsten Preisen:

Ia. Schweineschmalz :: ff. Backöl

allerfeinste Margarine

sowie Spezerieen in nur bester
sämtl. Qualität.

W. Heedfeld.

Herm. Kornblum

Fernsprecher Nr. 138.

Manufaktur-, Kurz-, Weiss-
und Wollwaren.

Carthausen-Heesfeld:

Hud. Johann, Carthausen

Kolonialwaren,
Delikatessen,
Wurstwaren.

Tabak: Zigarren: Zigaretten etc.

Kierspe:

Wwe. Gustav Köhler

Manufakturen-, Betten-
und Aussteuer-Geschäft.

Alte & Dörscheln

Ausführung elektr. Licht- und
Kraftanlagen, sowie Lieferung
sämtlicher Zubehörsstücke
zu billigsten Preisen.



Wilh. Diebel

Billigste Bezugsquelle in
Nähmaschinen, Fahrräder

Reparatur-Werkstatt.

Kierspe-Bhf.:

Hemdentuch Bettuch-Messel
Roh-Messel Sp. Islaue
Hemdenflanell Handtuchgebild
empfiehlt billigst

Aug. Bollmerhaus

Zahn-Atelier Rogge

Fernsprecher 220 Amt Meinerzhagen.

Zahn-Ersatz mit und ohne Gaumenplatte,
Reparaturen an Gebissen in kurzer Zeit,
Zahn- u. Wurzelziehen mittels Betäubung.
Zugelassen bei den Krankenkassen.

Wipperfürth:

Stein- und Bildhauerei **Peter Horn.**

Kriegerdenkmäler, Kriegergedenktafeln
für Gemeinden und Vereine
in zeitgemäßer Ausführung.
— Besuch und Entwürfe unverbindlich. —

EUGEN KAPPES, Unterstr. 17
I. Etage
empfiehlt

Knöpfe für die Herren- und Damen-Konfektion
sowie für jeden Zweck aus allen vorkommenden Ma-
terialien und in allen Grössen, Farben und Formen
Anfertigung von Stoffknöpfen aus jedem Stoff
und in allen Grössen und Formen
Knöpfe zum Herstellen von Stoffknöpfen
mit der Hand ohne Maschine in allen Grössen und
Formen. — Grösstes Lager am Platze. —

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver: Sonntag,
29. Jan. Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor
Dr. Große Dreffelhaus — Vorm. 11 Uhr:
Kindergottesdienst. — Freitag abend 8 1/2
Uhr: Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, den
29. Jan. Nachmittags 1 1/2 Uhr: Son-
tagschule — Nachm. 4 1/2 Uhr: Bibelstunde
5 1/2 Uhr: Jungfrauenverein, Unterhaltung.
— Abends 8 Uhr: Jünglingsverein. —
Mittwoch, abends 8 Uhr: Männerchor. —
Donnerstag, abends 8 1/4 Uhr: Bibelbe-
sprechstunde. — Samstag, abend 8 1/2 Uhr:
Jünglingsverein, Bibelbesprechstunde.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag,
den 29. Januar, morgens 8 Uhr: Früh-
messe mit Predigt. — Morgens 10 1/4
Uhr: Hochamt mit Predigt — Nach-
mittags 2 1/2 Uhr: Segensandacht.

Evangelische Gemeinde Brügge. Sonn-
tag 10 Uhr: Gottesdienst. — 11 1/4 Uhr:
Kindergottesdienst. — Mittwoch 8 Uhr:
Posaunenchor. — Donnerstag 8 Uhr:
Frauenhilfe in Abelle. — Freitag 8 Uhr:
Bibelbesprechstunde im Pfarrhause.

Evangel. Gemeinde Schalksmühle. Sonn-
tag 10 Uhr: Gottesdienst. — 11 1/4 Uhr:
Kindergottesdienst. — Nachm. 3 Uhr:
Jungfrauenverein. — Dienstag 8 1/2 Uhr:
Jungfrauenverein. — Mittwoch 8 Uhr:
Bibelstunde. — Donnerstag 8 1/2 Uhr:
Posaunenchor. — 8 1/2 Uhr: Vorbereitung
zum Kindergottesdienst.

Halver:

Geschäftsbücher,
Registratur-Artikel,
Papier- u. Schreibwaren.

Fernspr. 143. Ernst Bergmann Fernspr. 143

Bürger & Streppel

Berlinerstr. 18 :: Telephon 82

Rodolschlitten

Haus- und Küchengeräte etc.

Photogr. Atelier Kaiser

Anfertigung vorzüg-
licher Photographien

Berlinerstr. 5. :: Berlinerstr. 5.

Für die Wintermonate

empfehle: Med.-Lebertran, Emulsion,
Glycerin, Hautcreme, milde Toiletten-
Seifen, sowie vorbeugende Mittel
gegen Husten, Heiserkeit u. Erkältung
Halversche Medezinal-Drogerie
Frankf.-Str. 22. Carl Menke Fernruf 281.

Drucksachen

aller Art werden ange-
fertigt in der Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Halver:



Großes Lager in
Uhren, Gold- u. Silberwaren
Geschenkartikel

Ernst Alte, Uhrmacher, Frankfurterstr. 28

Hugo Köhler & Co.

Fernsprecher 58

empfehlen

elektr. Heizöfen, Kochtöpfe, Bügeleisen
Beleuchtungskörper u. s. w.

Zahn-Atelier

Anfertigung von Gebissen, Plomben,
Reinigen der Zähne,
Zahnziehen mit Betäubung.

Fritz Hedderich Fernruf Nr. 207.

Empfehle zu den billigsten Tagespreisen
Ia. fetten und mageren Speck,
Ia. Margarine, Palmin, hoch-
aromatischen Kaffee, Korn-
Malz u. Misch-Kaffee,
Stern-, Faden- u. Band-
nudeln, Sago, Grieismehl,
Pflaumen Weizenmehl, Kern-
und Toiletten-Seife.

Emil Haase, Berlinerstr. 4.

Telefon 308

Telefon 308.

Wir bieten an zu vorteilhaften Preisen:

Rhein-, Nahe-,
Pfalz-, Mosel-,
Saar- u. Ruwer- **Weine**

Bordeaux-, Burgunder- und Süd-Weine
aller Jahrgänge.

Vorbeutels-Weine: 1918er Spätherb
Strid natur,
1919er Rödelsfer Hohenbusch: —: 1920er
Eichendorfer Lump Auslese.

Wir garantieren für vollmundige,
glanzhell haltbare Qualitätsweine.

Gebrüder Lauseberg,

vormalig E. Lauseberg Wwe.
Telefon Nr. 191.

Empfehle

Zigarren: Zigaretten: Rauchtobake
Echte Brügge-Pfeifen und -Mugen

Schokolade

Robert Schilling, Berlinerstr. 56.

Carl Giersieper

Fernsprecher 163

Fernsprecher 163.

Maschinen-Bauanstalt
Lieferung sämtlicher
landw. Maschinen.

Franz Schneider, Uhrmachermelster

Frankfurterstr. 4.

Empfehle
sämtliche Schmuckwaren u. Geschenkartikel
(Spazierstöcke mit Ia. Alpaca Griff)

Brillen nach ärztl. Vorschrift. Rezepte der hiesigen
Krankenkasse werden entgegengenommen

C. Sastentrath

Manufakturwaren,
und Konfektion ::

Wollen Sie noch billig rauchen?
so besuchen Sie das
Zigarren-Spezial-Geschäft
Ernst Feld, Hohenzollernpark.

Aug. Eicker Jr., Schwenke, Telefon.
Nr. 261

Maschinen- u. Flugbau-Anstalt
Reparatur-Werkstatt.

Lieferung sämtlicher landwirtsch. Maschinen
und Geräte. Spezialfabrikate: Wendepflüge,
Schälplüge, Kultivatoren, Eggen, Sackhebekarren.

Berücksichtigt bei Einkäufen die Inserenten dieser Zeitung!